



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger*innenbrief

24. Juli 2024

Verkehrsnachrichten +++ Neue Fakten zur Wohnungs- und Mietpolitik +++ Bildungsgipfel erklommen +++ Lernförderung an Hamburgs Schulen +++ Schwimmen lernen & Klassenkampf +++ Reichtum & Steuergerechtigkeit +++ Aufstand der letzten Generation vor Klima-Kippunkten +++ Kulturipp: Ludwig-Baumann-Fest



Gesehen an der Mundsbürger Brücke (Foto: M. Joho)

Liebe Leserinnen und Leser,

bei den nach den Sommerferien anstehenden Beratungen des Bundestages über den Haushalt 2025 geht es um satte 480 Milliarden Euro. Das ist eine Größenordnung, die wir uns nicht wirklich vorstellen können. Ebenso wenig den Reichtum des reichsten Menschen der Welt, Elon Musk, der alleine über 250 Milliarden Dollar verfügt. Nicht einmal die dagegen fast schon schlappen 41,8 Milliarden Euro von Klaus-Michael Kühne, des reichsten Deutschen mit steuersparendem Wohnsitz in der Schweiz.¹ Vielleicht sind die kaum fassbaren Summen eine Ursache dafür, warum angesichts der geplanten

¹ Angaben von Statista zur Top-Liste der 25 reichsten Milliardäre mit Stand vom 15.7.2024 unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/181482/umfrage/liste-der-top-25-milliardaere-weltweit/>. Über die reichsten fünf Deutschen, vorneweg Kühne, im Weltranking von Forbes auf Platz 32, gibt es hier mehr: www.fr.de/wirtschaft/neuen-an-der-spitze-das-sind-die-fuenf-reichsten-deutschen-mit-einem-92844952.html#:~:text=Klaus%2DMichael%20K%C3%BChne%20ist%20der,Forbes%20nun%20Klaus%2DMichael%20K%C3%BChne.

Streichungen und Umverteilungen kein *gesamtgesellschaftlicher* Aufschrei erfolgt? Wem ist bis auf die Expert*innen schon klar, was es bedeutet, wenn die Mittel für Integration von 1,1 Milliarden in diesem Jahr auf 500 Millionen Euro in 2025 halbiert werden? Wenn das Bürgergeld von 29,7 auf 25,0 Milliarden Euro drastisch eingekürzt wird? Wenn die Entwicklungshilfe von 11,3 auf 10,5 Milliarden Euro schrumpft und der Klima- und Transformationsfonds gleich um mehrere Milliarden auf rund 34 Milliarden Euro zusammengestrichen wird? Wenn die Sozialleistungen auf 38 Prozent zurückgehen (2019: 45 Prozent) und andererseits der Verteidigungsetat bis 2028 sukzessive auf 80 Milliarden (2021: 47 Milliarden) aufgestockt werden soll?

Der Bundesetat ist das eine, der hamburgische Haushalt das andere. Und damit haben wir uns in den kommenden Monaten herumzuschlagen, beginnend noch vor dem Ende der Schulferien bzw. »parlamentsfreien Zeit«. Es geht um den

Verkehrsnachrichten

Von Heike Sudmann

Tödlicher Unfall am Jungfernstieg

Anfang Juli verlor ein 18-Jähriger die Kontrolle über sein fast 600 PS starkes Auto und raste auf den breiten Fußweg vor der Haspa an der Ecke Ballindamm. Mehrere Passant*innen wurden angefahren, ein 39-jähriger Mann starb. Der Fahrer und sein Vater auf dem Beifahrersitz wurden leicht verletzt.

Mein Kommentar dazu:

Seit Jahren ist bekannt, dass die Unfallhäufigkeit bei den dicken Luxusschlitten höher ist als bei Kleinwagen und die Verletzungen, insbesondere bei beteiligten Fußgänger*innen, schwerer, oftmals tödlich sind. Egal, wie schrecklich die Unfälle sind, die notwendige Diskussion über den Irrsinn immer größerer, stärkerer und schnellerer Autos findet dank der Autolobby nicht statt. Wenige Minuten Fahrzeitverkürzung auf der Autobahn rechtfertigen diese Monstergeschosse ebenso wenig wie ein verkappter Männlichkeitswahn. Kein Mensch braucht ein zig Tonnen schweres Fahrzeug, um bequem von A nach B zu kommen. Das gilt für Fahrer*innen ebenso wie für alle anderen Autofahrer*innen. Die Produktion solcher Autos ist völlig überflüssig und schadet Mensch und Natur, egal ob als Verbrenner oder E-Auto.

PS.: Hier noch der Auszug aus einem interessanten Artikel: »Die Versicherung Axa-Winterthur hat mehr als 250.000 Unfälle aus den Jahren 2012 bis 2016 ausgewertet. Berücksichtigt wurden alle haftpflichtigen Hauptverursacher. Das Resultat, aufgeschlüsselt nach Autokategorien, ist eindeutig: Teure und große Fahrzeuge aus der Kategorie Transporter wie die Pick-ups VW Amarok oder Dodge Ram haben gegenüber dem Durchschnitt eine um 25 Prozent erhöhte Unfallhäufigkeit. Ebenfalls markant erhöht ist die Unfallhäufigkeit bei Luxusautos wie jenem schwarzen Mercedes S 500. Hier beträgt das Plus 20 Prozent. Deutlich über dem Durchschnitt liegen auch die Werte von Autos der oberen Mittelklasse (plus 15 Prozent) sowie solchen der Kategorie »sport utility vehicle« (SUV/Geländewagen), (plus 10 Prozent). [...]

Das bestätigt Verkehrspsychologe Benjamin Graber. »Wir haben es überdurchschnittlich oft mit jungen Männern zu tun, die eine Vorliebe für luxuriöse oder sportliche Autos haben«, sagt der Gutachter, der am Zentrum Diagnostik, Verkehrs- und Sicherheitspsychologie der Hochschule Zürich arbeitet. Um zu protzen, würden sich diese Männer trotz knappen finanziellen Mitteln »ein prestigeträchtiges Fahrzeug leisten, nicht zuletzt, weil sie glauben, damit in ihrem sozialen Umfeld einen positiven Eindruck zu hinterlassen«. Ihre Selbstüberschätzung und mangelnde Gefahrenwahrnehmung in Kombination mit den leistungsstarken Autos führe nicht selten zu »riskanten Manövern und letztlich zu Unfällen« (www.tagesanzeiger.ch/luxusauto-fahrer-verursachen-mehr-unfaelle-954858251836).

Schulstraßen in Hamburg jetzt!

So lautet die Überschrift einer Petition, mit der der ADFC Hamburg, der VCD Nord Hamburg und die Parents for Future Hamburg Schulstraßen für unsere Stadt und ganz Deutschland einfordern. »Schulstraßen sind Straßen vor schulischen Einrichtungen, die temporär bei Unterrichtsbeginn bzw. -ende (»Bring- und Holzeiten«) oder auch permanent für den Kfz-Durchgangsverkehr gesperrt werden können. Diese Maßnahme schafft mit relativ wenig Aufwand geschützte Verkehrsräume für Kinder. »Schulstraßen sind eine wichtige Voraussetzung für eine sichere Kinder- und Jugendmobilität und ein großer Schritt in Richtung Mobilitätswende«, so Jens Deye vom VCD Nord.« Link zur Petition „Kinder schützen – Jetzt Schulstraßen in Hamburg und ganz Deutschland!“. <https://weact.campact.de/petitions/kinder-schutzen-jetzt-schulstrassen-in-hamburg-und-ganz-deutschla...>

Weitere Informationen zu Schulstraßen: www.schulstrasse-wesperloh.de/.

Verkehr(t):

Großprojekte des Senats kommen zu spät, das Klima wartet nicht

In der letzten Bürgerschaftssitzung am 10. Juli haben wir seitens der LINKEN die Verkehrspolitik des Senats zum Thema der Aktuellen Stunde gemacht, da die so dringend notwendige Mobilitäts- und Klimawende bis 2030 nicht erreicht werden kann. Nur wenn jetzt umgesteuert wird, gibt es eine Chance, den CO₂-Ausstoß im Verkehrsbereich drastisch zu senken. Auch der Klimabeirat und der »Zukunftsentscheid« bewerten die Verkehrspolitik des Senats hier als unzureichend.

Der Senat will bis 2030 den Anteil der ÖPNV-Fahrgäste verdoppeln. Die CO₂-Emission im Verkehrsbereich soll um gigantische 1,4 Millionen Tonnen gesenkt werden. Doch die relevanten großen Projekte dafür gibt es bis dahin nur auf dem Papier. U5 und S6/S32 werden erst in den 2040er-Jahren fertig, die komplette Elektrifizierung der Busflotte wurde gerade auf 2032 verschoben, der Hamburg-Takt bleibt schwammig und hat bis heute nicht mal die versprochenen zusätzlichen Buslinien geschaffen. Die voraussichtliche Fertigstellung der S4 bis zum Hauptbahnhof sowie der U4-Stummel auf die Horner Geest bis zum Jahr 2030 werden nicht reichen. So kann der vom Senat versprochene Umstieg aus dem Auto in Bus und Bahn nicht klappen.

Viele Busspuren schaffen, damit die Busse nicht neben den Autos im Stau stehen. Die Straßenbahnplanung wieder aufnehmen, damit bis 2030 die erste Linie fahren kann – das sind dringend notwendige Schritte. Damit und dann gibt es eine Chance für das Klima.

Empfehlenswerter Stadtrundgang

Veranstaltungsankündigung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg:

Von Renditejägern, der Quietschkurve und der neuen Hundehütte am Diebsteich – Ein kritischer Stadtrundgang durch Altona-Nord

Mittwoch, 24. Juli, 18.30 Uhr ab Harkortstraße 157, kurz vor der Stresemannstraße und der Bahnbrücke und Stresemannstraße

Bei dieser Führung durch die sogenannte »Neue Mitte Altona« werfen wir einen Blick zurück auf die Eisenbahngeschichte des Gebiets und was davon noch erhalten ist. Und es geht um die Brache des Holstenareals, bei der ein Skandalinvestor auf Wertsteigerung ohne Bautätigkeit setzt und die Politik weitgehend untätig bleibt. Mit einem Vertreter von der Initiative Prellbock Altona blicken wir auf Stuttgart 21 in Hamburg, das uns mit der Verlegung des Fern- und Regionalbahnhofs zum Diebsteich droht. Kundige Stadtbilderklärer sind Gerd Riem, Michael Jung und Theo Bruns.

DB schlägt wieder zu: Ausfälle und Einschränkungen im Nadelöhr Norderelbbrücke – Hamburg wird in den Sommerferien abgehängt

Vier Wochen Einschränkungen und Ausfälle auf der Hauptbahnstrecke von und nach Süden: Wegen dringender Reparaturarbeiten an den Norderelbbrücken und nicht rechtzeitig fertig gewordener Arbeiten an der Zollkanalbrücke wird laut einer Meldung des Netzbetreibers DBInfraGO vom 15. Juli bis zum 12. August 2024 der Bahnverkehr erheblich eingeschränkt. Personenverkehr findet »mit einem verringerten Grundangebot« zwischen 5.00 Uhr und 21.00 Uhr statt. Fern- und Nahverkehrsreisende müssen danach in die S-Bahn umsteigen, wenn sie über die Elbe kommen wollen, oder über Büchen ausweichen, so die Empfehlung der Bahn. Der Güterverkehr soll nur noch zwischen 21.00 und 5.00

Uhr stattfinden. Die Auswirkungen auf den Hafen werden enorm sein.

Hier rächt sich wieder einmal die jahrelang auf Sparflamme gefahrene Instandhaltung des Bahnnetzes. Unterlassene Sanierungsarbeiten sorgen jetzt dafür, dass Fahrgäste und Güter wochenlang nur eingeschränkt oder gar nicht über die Elbe kommen. Wir fordern von Senat und Bahn einen schonungslosen Zustandsbericht des Hamburger Bahnnetzes und einen ernst zu nehmenden Sanierungsplan. Die jetzigen Ausfälle zeigen einmal mehr, wie wichtig eine zweite Schienenverbindung über die Elbe ist. Statt die Norderelbbrücken, wie von Senator Tjarks geplant, mit immer mehr Gleisen vollzustopfen und im Störfall dann ohne Bahnverbindung nach Süden dazustehen, macht eine weiter westlich gelegene Elbquerung per Schiene mehr Sinn.

Der **Kampf um den Erhalt des 49-Euro-Tickets** ist noch LANGE nicht zu Ende, denn alle Argumente sprechen dafür, wie das einer aktuellen Grafik von Monitor/Agora Verkehrswende zu entnehmen ist.



Letzte Meldung kurz vor Redaktionsschluss:

Magistralen:

Attraktiven Lebensraum nicht erst in 20 Jahren schaffen, Anwohner*innen jetzt entlasten

Der Senat hat am 16. Juli seinen »Masterplan Magistralen 2040+ – Die Lebensadern der Stadt gestalten« beschlossen. Die zwölf ausgewählten Ein- und Ausfallstraßen sollen zu »lebenswerten Räumen im Einklang mit den verkehrlichen Anforderungen« weiterentwickelt werden.

Es ist auch aus meiner Sicht gut, die Magistralen in den Blick zu nehmen und sie umzugestalten. Doch 2040+ ist weit weg. Schon heute sind die Hauptverkehrsstraßen der Lebens- und Wohnort von mehreren hunderttausend Hamburger*in-

nen, die unter zu viel Autoverkehr und Lärm leiden. Hoffnung auf schnelle Verbesserung gibt es leider immer noch nicht. Nicht mal Tempo 30 will der Senat dort jetzt einführen, um wenigstens den Lärm zu reduzieren.

Sorgen bereitet mir die erkennbare Tendenz, den geförderten Wohnungsbau vor allem als Lärmriegel an den Straßen zu nutzen. Wenn die Magistralen kein attraktiver Lebens- und Wohnraum für alle werden, dann ist das Konzept gescheitert. Nach jahrelanger Planung die Bürger*innen erst jetzt zu beteiligen, lässt befürchten, dass es nur noch um Akzeptanzbeschaffung und nicht um Änderungsmöglichkeiten geht.

Neueste wohnungs- und mietenpolitische Fakten

Von Michael Joho

In den letzten Jahren sind quasi am Stück Studien, Gutachten und die Ergebnisse von Befragungen zum Thema Wohnungs- und Mietpolitik erschienen. Bisweilen üppen die Materialien über und es ist nicht immer ganz einfach, wenigstens halbwegs auf dem Laufenden zu bleiben. Über die Bürger*innenbriefe haben wir in den vergangenen Jahren immer mal wieder die wichtigsten Untersuchungsergebnisse präsentiert. So auch in dieser Ausgabe.

ten liegen durchschnittlich bei 7,26 Euro/qm (2022 waren es 7,07 Euro), die öffentlich geförderten Wohneinheiten liegen bei 6,53 Euro/qm (2022: 6,26 Euro), die frei finanzierten bei 7,47 Euro/qm (2022: 7,30 Euro). Im vergangenen Jahr konnten 1.123 Baubeginne, aber nur 572 Wohnungsfertigstellungen verzeichnet werden. Damit hat die SAGA ihr 2016 verkündetes Ziel, alljährlich 2.000 Wohnungen zu bauen, erneut dramatisch verfehlt. Wer sich einen schnellen Überblick über den Geschäftsbericht und seine wichtigsten Daten verschaffen will, schaut hier: www.saga.hamburg/Unternehmensgruppe/wir-fuer-hamburg/saga-in-zahlen.



Der SAGA-Geschäftsbericht 2023

Nehmen wir uns zunächst einmal den Mitte Juli vorgelegten Geschäftsbericht der SAGA für das Jahr 2023 vor.¹ Danach hat Hamburgs städtisches Wohnungsunternehmen einen Jahresüberschuss von 182,6 Mio. Euro erzielt, zwar 35,4 Mio. weniger als 2022, aber immer noch so reichlich, dass ein Mietstopp nicht schaden würde. Der Bestand zählt laut Bericht 139.919 Mietwohnungen, davon 31.095 öffentlich gefördert und 102.461 frei finanziert. Die Nettokaltmie-

Wohnungsbau in Hamburg unter der Ägide der SPD

Seit 2011 regiert in der Elbmetropole die SPD, ab 2015 mit den GRÜNEN an ihrer Seite. Die stadtentwicklungspolitische Verantwortung lag allerdings immer in Händen von Sozialdemokratinnen: Jutta Blankau, Dorothee Stapelfeldt und aktuell Karen Pein. Sie alle folgen blind dem ehemaligen Bürgermeister Olaf Scholz, der schon 2011 die bis heute mantramäßig wiederholte Parole »bauen, bauen, bauen« ausgab und das Märchen vom »Drittmix« in die Welt setzte: je ein Drittel Sozialwohnungen, frei finanzierte und Eigentumswohnungen sollten alljährlich neu gebaut werden. Die von uns mit Akribie seit Längerem geführte Tabelle über die Baufertigstellungen ergibt eindeutig, dass in keinem einzigen Jahr seit 2011 in der Größenordnung 33,3% Sozialwohnungen – und das meinte anfangs ausschließlich den 1. Förderweg und wird heutzutage begrifflich immer mehr verwässert – entstanden sind. Im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2023 sind es nicht einmal 25%. Und selbst wenn der 2. Förderweg mit seinen um zwei Euro pro Quadratmeter teureren Wohnungen einbezogen wird, dann kommt der öffentlich geförderte Wohnungsbau in diesen 14 Jahren mal gerade auf etwas mehr als 28%. Ergo: Einen Drittmix hat es in Hamburg niemals gegeben, der SPD-geführte Senat hat es in den letzten nahezu andert-halb Jahrzehnten unterlassen, seiner eigenen Zielsetzung gerecht zu werden, mit dem Ergebnis, dass die Zahl der öffent-

¹ www.saga.hamburg/SAGA.Hamburg/%C3%9Cber-uns/Unternehmensgruppe/Gesch%C3%A4ftsbericht/2023/SAGA%20Gesch%C3%A4ftsbericht%202023.pdf.

Baufertigstellungen im Wohn- und Nichtwohnbau in Hamburg von 2011 – 2022

Jahr	Fertig gestellte Wohnungen												
	insgesamt	darunter 1. u. 2. Förderweg (FW)						darunter in Gebäuden mit Eigentumswohnungen (ETW)		darunter freifinanzierte Wohnungen (errechnet aus der Summe der Fertigstellungen abzüglich Eigentumswohnungen und 1. u. 2. FW)		Summe ETW und freifinanziert	
		1. Fw	in%	2. Fw	in%	1. u. 2. Fw zusammen	in% insges.	Anzahl	in% insges.	Anzahl	in% insges.	Anzahl	in% insges.
2011	3.729	1.182	31,70	0	0,00	1.182	31,70	1.072	28,75	1.475	39,55	2.547	68,30
2012	3.793	607	16,00	1	0,03	608	16,03	936	24,68	2.249	59,29	3.185	83,97
2013	6.407	1.330	20,76	0	0,00	1.330	20,76	2.290	35,74	2.787	43,50	5.077	79,24
2014	6.974	2.005	28,75	34	0,49	2.039	29,24	1.460	20,93	3.475	49,83	4.935	70,76
2015	8.521	2.148	25,21	42	0,49	2.190	25,70	2.223	26,09	4.108	48,21	6.331	74,30
2016	7.722	2.127	27,54	306	3,96	2.433	31,51	2.507	32,47	2.782	36,03	5.289	68,49
2017	7.920	2.108	26,62	205	2,59	2.313	29,20	2.338	29,52	3.269	41,28	5.607	70,80
2018	10.674	2.075	19,44	391	3,66	2.466	23,10	2.529	23,69	5.679	53,20	8.208	76,90
2019	9.805	3.012	30,72	705	7,19	3.717	37,91	2.290	23,36	3.798	38,74	6.088	62,09
2020	11.269	3.037	26,95	435	3,86	3.472	30,81	2.623	23,28	5.174	45,91	7.797	69,19
2021	7.836	1.563	19,95	332	4,24	1.895	24,18	1.346	17,18	4.595	58,64	5.941	75,82
2022	9.234	1.986	21,51	444	4,81	2.430	26,32	2.562	27,75	4.242	45,94	6.804	73,68
2023	5.999	1.523	25,39	632	10,54	2.155	35,92	1.907	31,79	1.937	32,29	3.844	64,08
Summe	99.883	24.703	24,73	3.527	3,53	28.230	28,26	26.083	26,11	45.570	45,62	71.653	71,74

Quellen: Drs. 22/5066 v. 2.7.21, LPK Wohnraumförderung 01/22 und 01/23; PM Statistikamt Nord v. 30.5.22; Senats-PM v. 23.5.23, Tabelle erstellt von Heike Sudmann mit Stand vom 25.6.2024.

lich geförderten, mietpreisgebundenen Sozialwohnungen von ehemals 269.900 im Jahr 1987² bis Ende 2022 auf mittlerweile 77.374 Wohneinheiten (daneben 2.901 des 2. Förderweges) abgesunken ist.³ Und die Tendenz hält weiter an, bei wachsender Wohnbevölkerung!

Ergebnisse aus dem Zensus 2022

Der alle zehn Jahre durchgeführte Zensus ersetzt bekanntlich eine Volkszählung und erbringt doch Daten, die für viele Bereiche als die sichersten in unserem Land gelten. Am 25. Juni wurden nun die Ergebnisse der coronabedingt um ein Jahr nach hinten verschobenen Befragung veröffentlicht. Mit erstaunlichen Ergebnissen, beispielsweise damit, dass zum Zensus-Stichtag 15. Mai 2022 Hamburg nicht 1.875.180 Einwohner*innen hatte, wie sich aus der Bevölkerungsfortschreibung ergab, sondern lediglich 1.811.343, also 63.837 weniger als angenommen (minus 3,5%). Das ist wahrlich keine Kleinigkeit, schließlich sind solche Daten Grundlage für politische Entscheidungen aller Art.

Mit Blick auf das Thema Wohnen ergibt der Zensus, dass es am besagten Stichtag genau 985.422 Wohnungen in Hamburg gab, davon 77,1% vermietet und zu 20,8% von den Eigentümer*innen selbst bewohnt. Die Wohnungen befanden sich zu gut einem Drittel (34,1%) in Privatbesitz, weitere 18,7% gehörten einer Gemeinschaft von Wohnungseigentümer*innen

² Die Entwicklung der Bestandszahlen zwischen 1948 und 2018 findet sich in einer Tabelle der Studie »Entwicklung des öffentlich geförderten Mietwohnungsbaus in Hamburg seit 1948«, vom Institut Forschung und Beratung (f+b) herausgegeben im März 2020, S. 35–37. www.wohnungsmarktbeobachtung.de/bund-und-laender/laender/hh/200527-gutachten-sozwe-bestaende.pdf.

³ Sozialwohnungsbestand am 31.12.2022 laut »Wohnungsbaubericht Hamburg 2022« der Stadtentwicklungsbehörde vom Oktober 2023, S. 36.



(in einem in Eigentumswohnungen aufgeteilten Haus). Kommunale Wohnungsunternehmen besitzen 15,3%, Wohnungsgenossenschaften 14,7% aller Wohneinheiten in Hamburg. 12,3% gehören privatwirtschaftlichen Unternehmen.

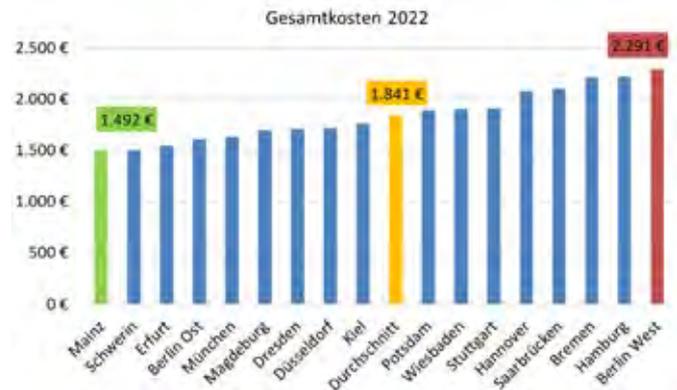
Die durchschnittliche Nettokaltmiete betrug 9,16 Euro/qm. Damit hat Hamburg unter den Bundesländern die höchsten Mieten – im bundesdeutschen Schnitt waren es 7,28 Euro/qm. Überraschend zeigt sich im Zensus, dass die vom Senat mit lediglich 0,4% bezifferte Leerstandsquote – das sind rund 2.500 leer stehende Wohnungen – bei Weitem höher liegt. Es ist laut Zensus bzw. Statistikamt vielmehr von ca. 19.950 Wohnungen und damit von einer Leerstandsquote von 1,9% auszugehen. Es bleibt allerdings zu prüfen, ob die Differenz daher rührt, dass beim Zensus anders gezählt bzw. gerechnet wird als vom Senat, für den Wohnungsleerstand erst nach wenigstens vier Monaten relevant wird, weil er dann laut Wohnraumschutzgesetz als Zweckentfremdung gilt.

Wer sich weitere Hamburger Ergebnisse aus dem Zensus vergegenwärtigen möchte, schaut [hier](#). Von dort aus lassen sich mit einem Klick die bisher schon ausgewerteten Einzelbereiche Bevölkerung, Demografie, Gebäude und Wohnungen, Haushalte und Familien sowie Bildung und Erwerbstätigkeit aufrufen. Sukzessive werden weitere Daten eingestellt.

Der Wohnnebenkostenvergleich für die Jahre 2016–2022

Bereits Ende Mai hatte der Bund der Steuerzahler (BdSt) einen 22-seitigen »Vergleich der Wohnnebenkosten in den 16 Landeshauptstädten« vorgelegt. Kam Hamburg bei den Trinkwasserpreisen und den Niederschlagswassergebühren 2022 im bundesweiten Vergleich noch recht gut weg, lag es bei den Schmutzwasser- und den Abfallgebühren im Mittelfeld und bei den Grundsteuern und den Gesamt-Wohnnebenkosten ganz vorne.

Nebenstehende Grafik aus der Studie, S. 9 (https://steuerzahler.de/fileadmin/user_upload/DSi_Schriften/2022/BdSt_Der_gro%C3%9Fe_Wohnnebenkosten-Vergleich_2016_2022_FINAL.pdf).

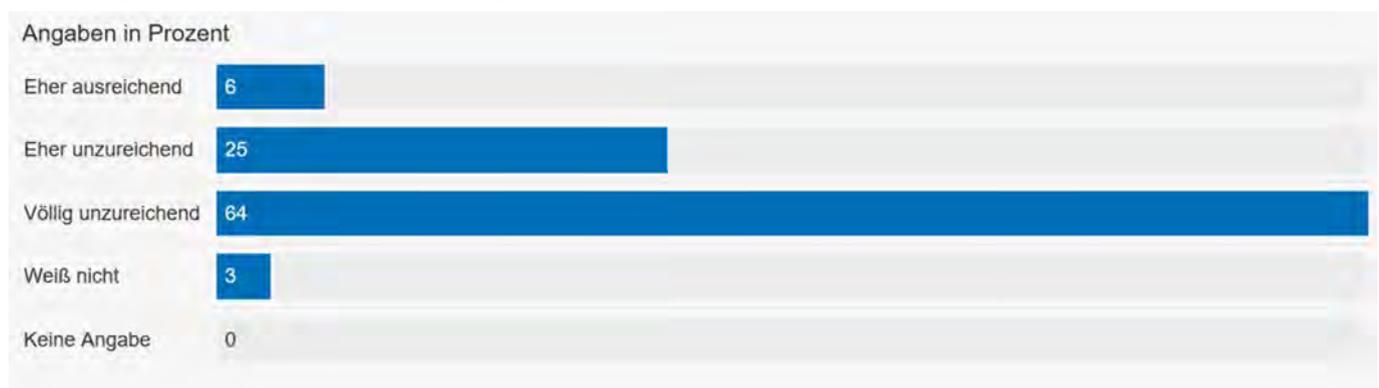


NDR-Umfrage zum Hamburger Wohnungsmarkt

Am 25. Juni berichtete der NDR über eine nach eigenen Angaben nicht repräsentative Umfrage unter knapp 3.000 Bürger*innen. Die Ergebnisse stützen die Aussage, dass die große Mehrheit der Hamburger Bevölkerung – hier fast zwei Drittel – die Menge an bezahlbaren Wohnungen für »völlig unzureichend« hält, ein weiteres Viertel bezeichnet sie immer noch als »eher unzureichend«. Das zweite Ergebnis der Umfrage bestätigt diese Werte dadurch noch einmal, dass 71% der Men-

schen »mehr staatlich geförderten Wohnungsbau« fordern, gefolgt von der zweitgrößten Befürwortung, nach der 47% für eine »Ausweitung und Verschärfung der Mietpreisbremse« plädieren. DIE LINKE kann mit ihren seit Jahren erhobenen Forderungen nach einem starken Ausbau des sozialen Wohnungsbaus im 1. Förderweg und einer wirklich effektiven Mietpreisbremse – am besten in Form eines Mietendeckels – also auf erhebliche Teile der Bevölkerung setzen.

#NDRfragt. Wie bewerten Sie die Menge an bezahlbarem Wohnraum?



#NDRfragt: Welche staatlichen Maßnahmen zur Regulierung des Wohnungsmarktes halten Sie für am sinnvollsten?

Die Teilnehmenden an der #NDRfragt-Umfrage durften maximal drei Maßnahmen auswählen.

Mehr staatlich geförderter Wohnungsbau	71%
Ausweitung und Verschärfung der Mietpreisbremse	47%
Einfachere und weniger Bauvorschriften	42%
Steuererleichterungen für Vermieter günstiger Wohnungen	37%
Flächendeckender Mietspiegel	25%
Enteignung großer Wohnungsbaugesellschaften	24%
Etwas anderes	12%
Erhöhung von Wohngeld	6%
Keine Angabe	1%
Es ist kein zusätzlicher Eingriff in den Wohnungsmarkt nötig	0%

Beide Grafiken von der [NDR-Website](#)

Zu guter Letzt: Die Wohnungsmisere treibt allerlei Blüten



Die Vermieter*innen sahnen ab und die Lottogesellschaft weiß, wie die Lösung für ein knappes Dutzend Menschen aussieht ...

Oben das Titelbild des »Eigentümer-Newsletter« von Immowelt vom 1. Juli, rechts ein Plakat, gesehen im Juni in Berlin (Foto rechts: M. Joho)



Bildungsgipfel erklommen

Von Hanno Plass

Der erste Bildungsgipfel wurde erklommen! Am 22. Juni debattierten Bildungsinteressierte und bildungspolitische Akteur*innen im Rathaus.

Über einhundert Interessierte kamen an einem sonnenbeglückten Samstag ins Hamburger Rathaus, um sich auf dem Bildungsgipfel zur Lage der Hamburger Schulen und zu bildungspolitischen Herausforderungen auszutauschen. Allein das war ein deutliches Zeichen, dass eine solche Plattform in der Stadt fehlt! Nach sechs Stunden intensiver inhaltlicher Arbeit hinterließ der Bildungsgipfel bei den Beteiligten einen rundheraus positiven Eindruck.

Sabine Boeddinghaus begrüßte die Anwesenden im Namen des vorbereitenden Bündnisses, das den Tag gemeinsam geplant und vorbereitet hatte. Es bestand aus dem Hamburger Bündnis für schulische Inklusion, der GEW, dem Grundschulverband, der Vereinigung der Schulleiter/innen der Hamburger Stadtteilschulen in der GGG, der Gemeinschaft der Elternräte an Stadtteilschulen und dem Fachschaftratsrat Lehramt für allgemeinbildende Schulen.

Einleitend gaben Vertreter*innen aller Schulformen in Hamburg, Grundschulen, Stadtteilschulen, Gymnasien, Sonderschulen, berufliche Schulen sowie die Fachschaft, einen kurzen Eindruck von ihrer Arbeit und Lage angesichts vielfältiger, besonders sozialer Herausforderungen. Allseits herrschte ein sehr kritischer Geist vor, der die Defizite der



Beim Bildungsgipfel im Rathaus (Foto: H. Plass)

behördlichen Bildungspolitik deutlich benannte: Mit den bestehenden Instrumenten der BSB werde keine der drängenden Aufgaben in der Inklusion, in der Integration, in der Förderung der individuellen Lernwege und der Entwicklung von wirklichkeitsangemessenen Kompetenzen sinnvoll angegangen. Mehr noch, die neuen Bildungspläne würden die Lage noch weiter verschärfen, die Lehrer*innenarbeitszeitverordnung bilde die Aufgaben der Lehrkräfte überhaupt nicht mehr ab – und die Leidtragenden wären letztlich die Schüler*innen.

Sieben Workshops, auf die sich die Teilnehmer*innen für zwei Durchläufe aufteilten, schlossen sich an: Inklusion, selbstverantwortete Schule, Lernen ohne Druck, Gelingensbedingungen guten Lernens, Lehrkräfteausbildung, Regionale Vernetzung, gerechte Digitalisierung.

In der Gesamtschau lässt sich eine Tendenz aus allen Workshops ausmachen. Bildungspolitische Gestaltung soll sich an der Realität der Schulen und der Schüler*innen orientieren – Interessen, Lagen, Fähigkeiten – und den Verantwortlichen Ressourcen, Zeit und Denkräume an die Hand geben, um im Interesse der jungen Menschen Bildung und entsprechende individualisierte Förderung zu ermöglichen. Dafür bedarf es, egal welchen Bereich mensch betrachtet, mehr Ressourcen, mehr Orientierung an der Lern- und Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen, mehr Zeit zum Lernen wie zum Unterrichten und für alle sozialen Belange, mehr multiprofessionelle Teams, um der komplexen (Lebens-)Wirklichkeit an den Schulen angemessen zu begegnen – seien es inklusive Bedarfe oder seien es digitale Bedarfe.

Diesen detaillierten thematischen Arbeitsphasen schloss sich die gemeinsame Diskussion über ein dauerhaftes Beteiligungsformat, den Bildungsrat, an. Dass dieser Punkt zentral sein würde, hatte sich schon in den Monaten der gemeinsamen Vorbereitung herausgestellt, sodass die Diskussion am Nachmittag Sinn machte und in die sich viele Teilnehmende sehr engagiert und entschlossen einbrachten.

Die Forderung nach einem Bildungsrat wurde von vielen Beteiligten persönlich und institutionell unterstützt. Ursprünglich hatte das Bündnis für eine zukunftsfähige Schule diese Forderung aufgebracht, die durch DIE LINKE in der politischen Debatte wiederholt erneuert wurde. Einigkeit bestand in der Diskussion darin, dass der Bildungsrat einen sinnvollen Beitrag zur Schulentwicklung leisten kann, besonders, wenn er nicht nur die schon bildungspolitisch orientierten Institutionen umfasst, sondern darüber hinaus auch all jene Einrichtungen, die vor Ort mit inner- und außerschulischer Bildung betraut sind. Dabei sollte ein Bildungsrat ein repräsentatives Gremium von Dauer und mit Unabhängig-



Ernte und Ideen auf dem Bildungsgipfel (Foto: H. Plass)

keit von der Schulbehörde sein, jedoch mit Wirkung auf die politischen und behördlichen Entscheidungen. Zwei Linien zeichneten sich ab, die sich so zuspitzen ließen: zum einen ein Bildungsrat als Fachgremium, das sich auf eine gemeinsame Haltung und Zielrichtung verständigt, oder aber als ein voraussetzungsloses, offenes Gremium nach dem Vorbild von Bürger*innenräten.

Bei allen Unterschieden wurde deutlich, wie sehr alle Beteiligten nach einem Format suchten, um substantiell an Schul- und Bildungsentwicklung verbindlich beteiligt zu werden. Dass dies bisher nicht existiert, zeigt ein deutliches politisches und behördliches Defizit auf. Und um diesem zu begegnen, bedarf es, so der einheitliche Tenor, deutlicher Schritte zu einer Demokratisierung.

An Form und Inhalt des Bildungsrats gilt es im Anschluss an den wirklich erfolgreichen Bildungsgipfel anzuknüpfen, die Vorschläge weiter zu diskutieren und zu konkretisieren. Klar war auch, so Sabine Boeddinghaus nach langjähriger politischer Erfahrung, dass die Wege lang seien, da die Schulbehörde keine Beteiligung wolle.

Halbleer. Lernförderung an Hamburgs Schulen ist ein kontinuierlicher Misserfolg

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

Seit 2011 gilt in Hamburg das Programm »Fördern statt Wiederholen«, das Schüler*innen mit »schwachen« Leistungen durch gezielte Lernförderangebote unterstützen soll, anstatt sie auf Grund einzelner schlechter Noten gleich ein ganzes Lernjahr wiederholen zu lassen. Das Sitzenbleiben demütigt die jungen Menschen und führt insgesamt zu keiner Leistungssteigerung, wie alle Studien zeigen. Daher ist die Lernförderung im Grundsatz zu begrüßen, die spannende und entscheidende Frage ist aber, ob es so, wie vom Senat aufgesetzt

und verantwortet, zum erwünschten Ziel führt, nämlich alle Schüler*innen, die Förderung brauchen, ihnen diese auch individuell und angemessen zu geben.

Lernförderung erhält, so der Senat in seiner Antwort auf unsere Große Anfrage (Drs. 22/15183 »Sprach- und Lernförderung: Wie steht es um die Qualität und Wirksamkeit?« (www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/87317/sprach_und_lernfoerderung_wie_steht_es_um_die_qualitaet_und_wirksamkeit.pdf), wer:



Foto: pixabay.com/photos/library-wisdom-reading-knowledge-7720589/

- ① nach Definition der Verordnung über die besondere Förderung nach § 45 (VO-BF) einen bestimmten Notenspiegel hat;
- ② bei »schwach ausreichenden« Leistungen und Annahme der Verschlechterung;
- ③ bei Gefährdung des Abschlusses und
- ④ auf Antrag der Schule.

Unsere Anfrage zielte wesentlich auf die Qualität und die Wirksamkeit dieser Fördermethode ab. Die Behörde nutzte die Antworten auf unsere sehr umfangreiche und differenzierte Anfrage für eine überschwänglich jubelnde Pressemeldung, und – Überraschung! – die Regierungsmehrheit überwies die Große Anfrage zur weiteren Besprechung in den Schulausschuss am 21. Juni.

Entgegen der Auffassung des Senats ist unsere Einschätzung der Lernförderung – Überraschung! – durchaus kritisch. Während die Schulbehörde die »Erfolge« betont, stellt sich uns die Frage, welche Erfolge sie zum einen meint und zum zweiten, wie sie Erfolg in der Lernförderung überhaupt bemisst. Zum ersten ist Kriterium des »Erfolgs« das Erreichen »ausreichender Noten«, durch die es möglich wird, die Lernförderung wieder zu verlassen (S. 15 der GA). Dabei beläuft sich die »Erfolgsquote« laut der Schulbehörde auf unter 50% bei Stadtteilschulen und Gymnasien, in Grundschulen nur auf 24%. Insgesamt liegt die »Erfolgsquote« im Schuljahr 2022/23 bei (maximal) 39%. Sie ist faktisch eine Misserfolgsquote. Hinzukommend muss angemerkt werden, dass allein Notenleistungen einen »Erfolg« bestätigen sollen. Über die

wirklichen individuellen Lernzuwächse der*des Schülers*in ist damit nichts gesagt.

Ein weiteres Problem ist die mangelnde objektivierbare Qualitätskontrolle des Lehrpersonals der Lernförderung. Dieses Lehrpersonal umfasst Lehrkräfte der Schulen ebenso wie Honorarkräfte oder ältere Schüler*innen oder auch Personen von externen Förderinstituten. Diese Qualität, zum einen mit Hinsicht auf das Fachwissen, zum anderen aber in Hinsicht auf das pädagogisch-didaktische Können, ist beispielsweise dafür relevant, wie eine Lehrkraft mit einer Lernfördergruppe umgeht, besonders wenn es Konflikte oder Regelverletzungen gibt. Dies im Hinterkopf halten wir – entgegen der Einschätzung der Behörde – Größen der Lernfördergruppen von mehr als fünf Schüler*innen, im Einklang mit der Rückmeldung aus den Schulen, für problematisch.

Da die Behörde ein eigenes Monitoring der Lernförderung in Angriff genommen hat,¹ haben wir die dort aufgeführten Herausforderungen für die Lernförderung, die jenseits der pädagogischen Arbeit in diesen Gruppen liegen, aufgegriffen.

Ausdrücklich werden zu geringe WAZ²-Zuweisungen und BuT-Mittel³, aus denen die Lernförderung mitfinanziert wird, genannt, die als ein Grund für Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Lernförderung an Gymnasien und Stadtteil-

¹ Monitoring Lernförderung | IfBQ (hamburg.de).

² WAZ ist die Wochenarbeitszeit für Lehrkräfte, die in der Lehrer*innenarbeitszeitverordnung hinterlegt ist.

³ Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabe-Paket des Bundes.

Studie zur Bildungsgerechtigkeit in Hamburg

»Die Rosa-Luxemburg-Stiftung schreibt eine Studie zum Thema Reproduktion von Bildungsungleichheiten durch das zweigliedrige Bildungssystem in Hamburg aus. Ziel dieser Studie ist es, anhand von Daten des Statistischen Landesamts und amtlicher Schuldaten zu untersuchen, ob das Schulsystem im Hamburg stärker segregierend wirkt als die soziale Zusammensetzung der Stadtteile. Neben einer kurzen Darstellung der bildungspolitischen Maßnahmen in Hamburg seit 2010 soll der Großteil der Studie der Darstel-

lung der Situation in den Stadtteilen entlang von definierten Fragestellungen dienen. Abschließen soll sie kurz die wesentlichen Ursachen bestehender Bildungsungleichheiten darstellen und Handlungsempfehlungen zu deren Überwindung geben.«

Bewerbungsschluss ist der 25. August. Weitere Informationen und die Bewerbungsunterlagen: www.rosalux.de/ausschreibung/id/52309.

schulen angegeben werden. Auf unsere Frage, ob und welche Maßnahmen der Senat ergriffen hat, um das Problem zu beheben, hieß es kryptisch: »Die in dieser Fragestellung sowie den nachfolgenden Fragen bezuggenommenen Angaben entstammen den im Rahmen einer Befragung erfolgten und auf subjektiven Wahrnehmungen beruhenden Selbstauskünften der Schulen.« Dieser Wortbrokat umschreibt die einfache Antwort: Nein! Gleiches gilt für den Umstand, dass Schulen rückmelden, fehlende Unterstützung bei der Gewinnung von Lehrpersonal seien ein Problem für die Umsetzung der Lernförderung. Auch hier antwortet der Senat blumig und ausweichend.

Ein Effekt der Probleme bei der Umsetzung der Lernförderung ist beispielsweise der Ausfall von Lernförderkursen und Vertretungsunterricht. Nach behördeneigenem Monitoring ist dies zu 25,8 % an den Grundschulen, zu 24,2 % an den Stadtteilschulen und zu 14,3 % an den Gymnasien ein Problem. Dabei teilt die Schulbehörde auf unserer Anfrage nach dem Ausfall mit: »Abwesenheitsgründe [der Schüler*innen] und Vertretungsunterricht in der Lernförderung werden [...] nicht erfasst« (S. 7 und S. 10, Frage 28). Zudem: Der Ausfall in der Lernförderung muss aus den der Schule generell zur Verfügung stehenden Vertretungsmitteln (aus der Lehrer*innenarbeitszeitverordnung) organisiert werden. Dies ist eine zusätzliche Belastung, da die Mittel dem regulären Unterricht nicht mehr zur Verfügung stehen.

Ebenso entgeht es der Schulbehörde, festzuhalten, wie oft ein*e Schüler*in Lernförderung hat. Gezählt werden die Teilnahmen, nicht die individuellen Schüler*innen. Somit kann eine Person in einem Schuljahr mehrfach und wiederholt an Förderkursen teilnehmen. Das Qualitätsmerkmal der individuellen Lernzuwächse existiert in der Schulbehörde nicht, zumindest nicht so, dass Daten auf diese Weise erfasst und aufbereitet werden. Doch genau das wäre ein Nachweis des qualitativen Erfolgs der Lernförderung. Ein weiterer Nachweis der Qualität wäre es, zu wissen, wie viele Schüler*innen wiederholt, ein zweites oder drittes Mal in der Lernförderung sind. Angaben dazu liegen aber der zuständigen Behörde nicht vor, eine Datenauswertung in der zur Verfügung stehenden Zeit ist offenbar nicht möglich. Dabei wäre dieses Kriterium unserer Auffassung nach doch einer von vielen Indikatoren, ob das Modell exklusiver Förderung nachhaltige Lerneffekte nach sich zieht oder nicht.

Qualität hieße auch eine Qualifizierung der unterrichtenden Personen. Anlage 6 gibt einen Überblick über die Professionen der Personen, die in den letzten Schuljahren in der Lernförderung eingesetzt wurden. Exemplarisch sei das Schuljahr 2022/23 dargestellt. Dort sind 30,4 % Studierende, 24,5 % Lehrkräfte der Schulen, 13,5 % gewerbliche Anbieter, 11,59 % Schüler*innen (besonders an Gymnasien), 11,28 % »andere« (sonstige Honorarkräfte wie Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen, Lerntherapeut*innen und »sonstiges eigenes Personal«), 3,39 % sozialpädagogische Fachkräfte, 3,09 % Universitätsabsolvent*innen, 2,66 % Pensionär*innen und 0,05 % Referendar*innen.

Es heißt, dass zum einen die Qualifikation für den Unterricht weder einheitlich noch klar oder standardisiert ist und zum anderen, dass die Bindung zwischen Schüler*innen und Unterrichtenden, die das A und O der Bildung ist, ebenfalls nicht vorausgesetzt ist. Die fehlende Bindung ist aber ein Problempunkt, der sogar im behördeneigenen Monitoring genannt wird: Viel zu viele Schüler*innen kommen nicht zur Lernförderung. Die Behörde unternimmt auf diese Frage hin aber nichts, sagt, es sei die Aufgabe der Einzelschule, die Teilnahme sicherzustellen. Das geht bekanntlich durch Bindung an die Schule. Welche Ressourcen und Konzepte stehen zur Verfügung und finden Anwendung, welche Unterstützung erhalten Schulen, um diese Bindung herzustellen? Beim Blick auf die in der Lernförderung eingesetzten Personen wird klar: Es beißt sich die Katze in den Schwanz!

Die Behörde behauptet, die Lernförderung habe ein »hohes Niveau« und sie sei ein Erfolg. Beides nicht belegt zu haben und eine klare Misserfolgsquote von fast 50 % spricht dagegen. Andere relevante Indikatoren, wie die Häufigkeit der Teilnahme an Förderkursen, werden »nicht zentral erfasst«. Das gesamte Konzept der Lernförderung gehört somit auf den Prüfstand. Nämlich unter der Frage, ob der Ressourceneinsatz für ein Fördermodell, das exklusiv, also nicht im Unterricht stattfindet, nicht eher eine Verschwendung von Mitteln ist und ob nicht andere Maßnahmen – Reduzierung der Klassengrößen, Entzerrung der Bildungspläne, Entspannung der Lernzeiten (Stichwort: stufenübergreifendes Lernen) erfolgversprechender wären. Sollte mensch da nicht schleunigst über einen sinnvolleren Einsatz der Mittel nachdenken, zumal die meiste Lernförderung wenig überraschend hauptsächlich an Schulen mit Sozialindex 1 und 2 gegeben wird?

Und überhaupt: Wie viel Energie, Zeit und Kompetenz werden wohl auf das Monitoring verwendet? Die Konsequenzen, die die Behörde aus den Defiziten des Modells zieht, sind: null. Der Bericht ist vielleicht nicht nutzlos. Aber um den Einsatz der Mittel zu überprüfen und ggfs. zu verändern, ist er umsonst.

Die grundlegende Frage bleibt auch unbeantwortet, nämlich die des pädagogischen Sinns und Nutzens dieses Modells im Sinne der Bildung der jungen Menschen. Es drängt sich der Eindruck auf, Lernförderung findet statt, um zu begründen, dass keine Klassen wiederholt werden (diesen Umstand begrüßen wir ausdrücklich!) und dennoch an einem starren Verfahren festzuhalten, wie Lernen funktionieren soll. Nämlich nach den Vorgaben der behördlichen Bildungspläne und den (inter-)nationalen Vergleichstests, nicht nach den Fähigkeiten und Fertigkeiten der jungen Menschen. Die Sinnlosigkeit eines solchen Denkens zeigt sich, wenn wir uns vor Augen halten, dass Schüler*innen der ersten Klasse schon mit Lerndifferenzen von bis zu zwei Jahren eingeschult werden. Jede*r hat sein*ihr eigenes Lerntempo und die je eigenen Lernwege. Darauf müsste Schule fördernd eingehen. Im Interesse der jungen Menschen, für ihre Bildung und ihre Zukunft.

Schwimmen lernen und Klassenkampf

Von Michael Joho

Exakt diese Überschrift fand sich schon einmal in der Ausgabe des »BürgerInnenbriefes« am 20. Juni 2011.¹ Ich hatte mich in dem betreffenden Artikel mit der mangelnden Schwimmfähigkeit der hamburgischen Grundschüler*innen beschäftigt, als Referent von Joachim Bischoff, der damals u. a. sportpolitischer Sprecher der Linksfraktion war. Aus der Senatsantwort auf eine von ihm eingereichte Kleine Anfrage ergab sich, dass im Schuljahr 2009/2010 zwar 82,8% der Grundschüler*innen das »Seepferdchen«, aber nur 53,3% den »Freischwimmer« (Jugendschwimmabzeichen Bronze) abgelegt hatten. Am Ende der vierten Klasse konnten damit gerade mal 58% der Viertklässler*innen sicher schwimmen.²

Um einer Verwirrung vorzubeugen, die der Senat bisweilen – sagen wir – im Raume stehen lässt: Das sogenannte Seepferdchen mit seinen drei Anforderungen (25 Meter schwimmen, Sprung vom Beckenrand, Herausholen eines Gegenstands aus schultertiefem Wasser) ist *keine* Anerkennung der *Schwimmfähigkeit*, was die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG) immer wieder warnend hervorhebt und wie es übrigens auch in jedem »Anfängerzeugnis Seepferdchen« zu lesen ist:

Liebe Eltern,

die erfüllten Anforderungen des Seepferdchens bedeuten nicht, dass Ihr Kind schon ein sicherer Schwimmer ist! Wir empfehlen Ihnen zum sicheren Schwimmer einen weiterführenden Kurs zum Deutschen Schwimmabzeichen - Bronze!

Wie wichtig das sichere Schwimmen(lernen) ist, zeigt sich an der alljährlich alarmierenden Zahl der Ertrunkenen. Laut DLRG-Statistik gab es in 2022 alleine in Hamburg 10 Todesfälle, ein Jahr später sogar 21.³ In ganz Deutschland sind in diesen beiden Jahren 355 bzw. 378 Menschen im Wasser ums Leben gekommen.⁴ Weil sie offenbar nicht sicher schwimmen konnten!

Nun ließe sich ja annehmen, besser: hoffen, dass der Senat mehr Anstrengungen unternimmt, die Schwimmfähigkeit der Grundschüler*innen zu erhöhen. Das Bemühen sei ihm auch nicht abgesprochen, denn tatsächlich wurden »für die Optimierung des Schulschwimmens« einige Stellen mehr geschaffen (2017/18: 29,7 Stellen, 2023/24: 39,2)⁵. Doch ganz offensichtlich reicht dies hinten und vorne nicht, sei es, dass viel zu wenig Hallenzeiten zur Verfügung stehen, sei es, dass

¹ S. 11, www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2020/03/BB71vom20-06-11.pdf.

² Drs. 20/655 vom 7.6.2011, Nr. 2.

³ Hamburger Abendblatt, online vom 22.2.2024.

⁴ Todesfälle durch Ertrinken in Deutschland 1998 bis 2023 laut »Statista«.

⁵ Drs. 22/14641 vom 8.3.2024, Anlage 1.

Frage 2: *Wie hoch ist die Bronzequote der Schülerinnen und Schüler jeweils im Schuljahr 2021/2022 und im Schuljahr 2022/2023 gewesen?*

Antwort zu Fragen 1 und 2:

Tabelle 1: Auswertung der Ergebnisse des Schulschwimmens bezogen auf die Grundschule seit dem Schuljahr 2013/2014¹

Schuljahr	Schülerzahl ³	Seepferdchen und besser (absolut)	Seepferdchen und besser (in %)	Bronze und besser (absolut)	Bronze und besser (in %)	Bronze und besser in % (gem. Drs.)
2013/2014	12.438	10.193	82	6.519	52,4	64
2014/2015*	12.275	10.656	86,8	7.428	60,5	69,7
2015/2016*	12.378	10.757	86,9	7.088	57,2	65,9
2016/2017*	13.082	11.382	87	8.368	64	73,5
2017/2018*	13.308	11.369	85,4	8.324	62,5	73,2
2018/2019*	13.164	11.495	87,3	8.370	63,6	72,8
2019/2020*	13.808	10.561	76,5	7.456	54	70,6
2020/2021*	12.783	9.113	71,3	5.305	41,5	58,2
2021/2022*	12.965	9.651	74,4	6.069	46,8	62,9
2022/2023*	14.605	12.116	83	8.450	57,6	69,7

für einige Schulen überhaupt kein Schwimmunterricht möglich ist. Die Zahlen der Schwimmfähigkeit – also ab Bronze aufwärts – sind bedrückend, wie eine Senatsantwort vom 8. März belegt (siehe die Tabelle auf Seite 12).⁶

Seit 2010 – seit der Senatsantwort auf Joachim Bischoffs Anfrage – hat sich de facto an der Schwimmfähigkeit der Grundschüler*innen nichts verändert, der Anteil ist mehr oder weniger auf gleichem Niveau. Und das, obwohl der Senat 2021 im Rahmen des »Active City« doch eine sogenannte »Schwimmlern-Offensive« gestartet hatte, die seit Ende 2023 aber auch schon wieder ausgelaufen scheint, wie es eine Website-Notiz des Sportamtes nahelegt:⁷



DIE SCHWIMMLERN-OFFENSIVE FÜR HAMBURGS KINDER LÄUFT NOCH BIS ENDE DES JAHRES

Die Hamburger Schwimmlern-Offensive hat zum Ziel, möglichst vielen Kindern das sichere Schwimmen (Seepferdchen/Bronze) beizubringen. Dazu wurden seit 2021 viele zusätzliche Schwimmkurse verschiedener Partnerinnen und Partner eingerichtet.

Die Active City Hamburg bezuschusst viele der Angebote, so dass die Teilnahmegebühren deutlich günstiger als üblich sind. Für Kinder aus Familien, die Sozialleistungen empfangen, ist die Teilnahme kostenfrei.

Die Offensive läuft noch bis Jahresende 2023.

Nein, »Active City« hin oder her, der Senat hat deutlich zu wenig auf den Weg gebracht, die Schwimmfähigkeit signifikant und damit lebensrettend zu erhöhen.

Warum nun aber Klassenkampf? Schon 2011 war klar, wie unterschiedlich die Schwimmfähigkeit in Hamburg »verteilt« war. Laut einem Abendblatt-Artikel von Ende Mai 2011 hatten 100 Prozent der Grundschüler*innen in Blankenese und Volkssdorf bis zum Ende der vierten Klasse den Freischwimmer (Bronze) erreicht, während sich in abgehängten Stadtteilen wie Billstedt und Wilhelmsburg »häufig nur weniger als 5% der etwa Zehnjährigen über Wasser halten« können, wie es der damalige DLRG-Präsident Heiko Mählmann übertrieb und formulierte.⁸ Mein damaliger Kommentar im »BürgerInnenbrief« vom 20. Juni 2011: »Wir brauchen wieder einen obligatorischen Schwimmunterricht an den Schulen, der von qualifizierten Sport- und SchwimmlehrerInnen erteilt wird. Wir brauchen mehr Schwimmbäder, vor allem in benachteiligten Quartieren, und wir brauchen erheblich günsti-

gere Eintrittspreise in den Hallen- und Freibädern. Wenn das klassenkämpferische Leitlinien in Sachen Schwimmen lernen sind, dann kämpft DIE LINKE gern unter und über Wasser mit.«

Und heute, 13 Jahre danach? Die traurige Antwort musste der Senat auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion am 24. Juni geben. »Bist du arm, oder gehst du unter?«, lautete der Betreff des Dokuments, und gefragt wurde konkret nach der Schwimmfähigkeit der Kinder in den einzelnen Stadtteilen. In einer ersten Version hatte der Senat genau diese Frage nicht beantwortet, die Zahlen also offengelassen. Erst auf Nachfrage gab der Senat notgedrungen eine »Neufassung« seiner Antwort heraus, in der dann auch die Zahlen enthalten sind.⁹ Und greifen wir nur einmal die oben genannten vier Stadtteile heraus. »Bronze und besser« hatten von den Viertklässler*innen in Blankenese 99,27%, in Volkssdorf 91,36% erreicht, in Billstedt und Wilhelmsburg dagegen nur 52,76 bzw. 59,75%. Eine noch geringere Schwimmfähigkeit bis zum Ende der vierten Klasse wurde erreicht in – warum auch immer – Hoheluft-Ost (50,00%), in Hamm (48,31%), Jenfeld (46,25%), Horn (45,77%), Tonndorf (43,33%), Eißendorf (41,87%), Rothenburgsort (38,89%), Billbrook (35,42%), Lurup (33,00%), Wilstorf (21,92%), Harburg (18,99%). Ein Schelm, wer Böses dabei denkt und einen Zusammenhang zwischen der Schwimmfähigkeit der Kinder und dem Verarmungsgrad größerer Teile der Bevölkerung herstellt. Eine Provokateurin, die der Stadt vorhält, nicht annähernd genug in den benachteiligten Quartieren zu unternehmen.



Wäre doch schön, wenn alle sicher auch in der grundüberholten Schwimmpooler ihre Bahnen ziehen könnten, bleiben allerdings auch noch die Eintrittspreise ... (Foto: M. Joho)

⁶ Ebenda.

⁷ www.hamburg-activecity.de/schwimmlern-offensive.

⁸ Zitiert in: BürgerInnenbrief, vom 6.6.2011, S. 6 f., www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2020/03/BB70vom06-06-11.pdf.

⁹ Drs. 22/15358 vom 24.6.2024, Neufassung, www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/87507/bist_du_arm_gehst_du_eher_unter_wie_sieht_es_aus_mit_der_schwimmfaehigkeit_der_kinder_in_den_hamburger_stadtteilen.pdf.

Tipps und Termine

Am 1. Juli hat der vom Senat eingesetzte, aber wegen seiner Positionen von ihm gleichzeitig kritisch beäugte **Klimabeirat Hamburg** eine neue, 20-seitige Einschätzung publiziert. Es geht darin um die **Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Hamburg**, wobei nicht nur die gegenwärtige Situation bewertet wird, sondern auch **Empfehlungen zur systematischen Einbeziehung in Politik, Planung und Praxis** angegeben werden. Die Hauptaussage ist klar: »Maßnahmen müssen« schneller als bisher und mit höherer Priorität in die Entscheidungen und Planungen einbezogen werden«. Das wichtige Papier unter www.klimabeirat.hamburg/resource/blob/929146/f15faa6c7ab594944b-c27f6178e7361d/d-klimapolitische-empfehlung-5-2024-data.pdf.

Wieder mal die **Rosa-Luxemburg-Stiftung**, die mit ihren höchst informativen und anschaulichen Schwerpunkten besticht. Für die Monate Juli/August wurde reichlich Material zum Komplex **Klimaextreme und Anpassungspolitik** zusammengestellt und produziert. Guckst Du [hier](#) und auf die Abbildung unten.

Immer mehr Menschen in Deutschland sind nach einer Online-Meldung der »jungen welt« vom 16. Juli ohne Bleibe, das ergibt sich aus den Daten des Statistischen Bundesamtes (Destatis). Danach lebten mit Stichtag 31. Januar 2024 in der BRD mittlerweile knapp **440.000 Menschen in Unterkünften für Wohnungslose**. 2022 waren es noch 178.000, im vergangenen Jahr dann schon 372.000. Von den 440.000 Menschen Anfang 2024 hatten rund 378.000 keinen deutschen Pass, darunter mit gut einem Drittel etwa 137.000 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Die Bundesarbeitsgemeinschaft (**BAG Wohnungslosenhilfe**) war für 2022 mit einer eigenen Rechnung bereits **auf rund 600.000 Wohnungslose** gekommen.

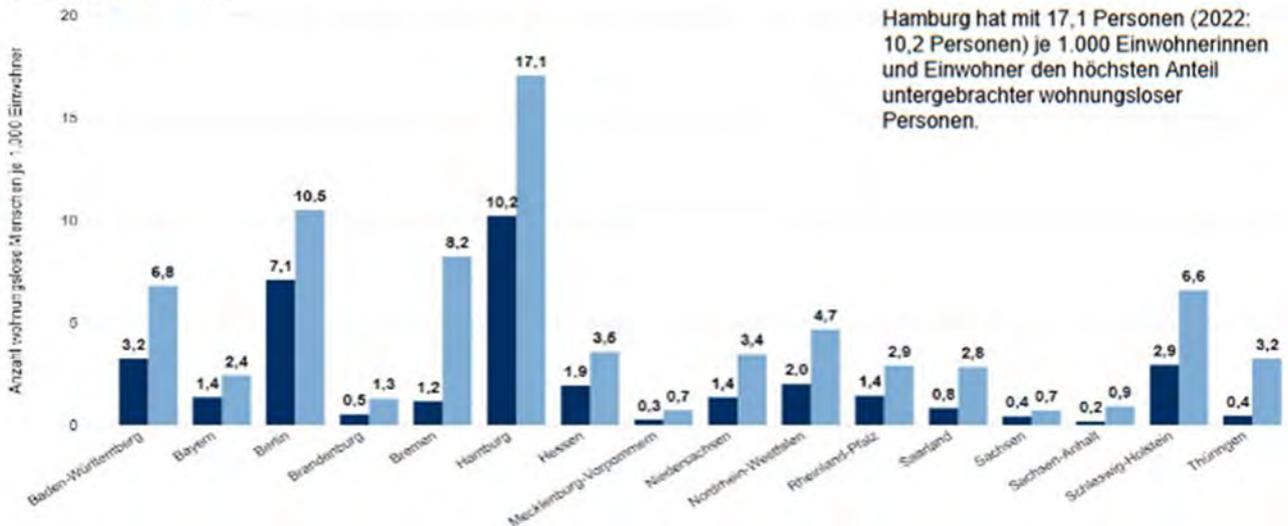
Noch schwerer haben es Obdachlose, denen selbst das Dach über dem Kopf fehlt. »Hinz&Kunzt« wies online am 9. Juli auf den eigentlich skandalösen, jedenfalls traurig machenden Umstand hin, dass entgegen allen Hiobsbotschaften über immer heißere Sommer die Frage nach **kostenfreiem Trinkwasserzugang** nach wie vor völlig unzureichend geregelt ist. Zurzeit soll es in ganz Hamburg 48 festinstallierte Trinkwasserspender geben, drei weitere für die Fußballfans auf dem Heiligengeistfeld sind leider schon wieder abgebaut, sieben neue sollen angeblich bis zum Ende des Sommers noch kommen.

			
<p>EINLEITUNG</p> <p>Klimawandel bringt Städte in Not</p> <p>Die Klimakrise stellt Städte auf der ganzen Welt vor immer größere Herausforderungen</p>	<p>HINWEIS</p> <p>Safe as houses</p> <p>Wie die Klimakrise die Wohnungskrise verschärft und wie sich die Menschen dagegen wehren können</p>	<p>ESSAY</p> <p>Die Ersten, die sterben</p> <p>In Brasilien sind die Gemeinschaften in den Außenbezirken der Städte am stärksten vom Klimawandel...</p>	<p>INTERVIEW</p> <p>«Die Klimakrise wird auf ein Finanzierungsproblem reduziert»</p> <p>Wissenschaftlerin Hanna Hilbrandt über die Finanzialisierung städtischer Klimaanpassung</p>
			
<p>ESSAY</p> <p>Vom Klimawandel bedroht</p> <p>Küstenerosion und Umweltverschmutzung bedrohen die Menschen in der senegalesischen Hauptstadt Dakar</p>	<p>ESSAY</p> <p>Lebensbedrohliche Hitzewellen</p> <p>Im Klimawandel wird die südafrikanische Apartheid-Geografie zur Gefahr für die Gesundheit der...</p>	<p>«LUXEMBURG» ARTIKEL</p> <p>Klima der Ungerechtigkeit</p> <p>Warum Anpassung nur global funktioniert</p>	

UNTERGEBRACHTE WOHNUNGSLOSE JE 1.000 EINWOHNER 2022/2023

Wohnungslose Menschen je 1.000 Einwohner nach Bundesländern im Jahresvergleich 2022/2023

Berichtsjahr ● 2022 ● 2023



Hamburg hat mit 17,1 Personen (2022: 10,2 Personen) je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner den höchsten Anteil untergebrachter wohnungsloser Personen.

(www.hinzundkuntz.de/genug-trinken-aber-wo/). Als auf einer »Liste der kühlen Orte« erfasste »Trinkwasser-Refill-Stationen« (<https://geoportal-hamburg.de/kuehle-orte/>) gelten allerdings auch eine ganze Reihe von privaten Geschäften wie *Starbucks* und die *GLS Bank*. Darüber hinaus ist es weniger die Stadt als vielmehr Ehrenamtliche von der Diakonie und vom CaFée mit Herz, die die Trinkwasserversorgung absichern.

Bereits am 11. April hatte sich der Sozialausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft mit der **Wohnungslosen-berichterstattung** und der entsprechenden Statistik beschäftigt. Mitte Juni wurden dann als Anlage zur Drs. 22/15546 die »Folien« des Vortrages in der Parlamentsdatenbank veröffentlicht. Die Tabellen bieten Daten u.a. zur Größenordnung der Unterbringung der Wohnungslosen, zu den Altersgruppen, Haushaltsgrößen und zum Geschlechterverhältnis (s. A. die Grafik oben). Hauptergebnis: Mit Abstand ist Hamburg das Bundesland mit der höchsten Wohnungslosenrate!

Endlich, endlich gibt es auch einen schönen **Streifen über die Schiller-Oper**. Er hat den Titel **who cares? Ein Fest für die Schilleroper**. Hier die Inhaltsangabe der beiden Regisseur*innen Lea Morck und Fynn Jürgensen. »Verhärtete Fronten und ein langer Atem: Das imposante Stahlskelett der denkmalgeschützten Schilleroper am Neuen Pferdemarkt steht unter freiem Himmel, ungenutzt, unbegehbar und weitestgehend ungeschützt. Der halbstündige Dokumentarfilm »who cares« beleuchtet die Geschichte dieses bedeutenden kulturgeschicht-

lichen Erbes und das eindrucksvolle Engagement für seinen Erhalt. Einen Schwerpunkt des Films bildet die Aktivierungsveranstaltung, die 2023 im Rahmen des 10. Hamburger Architektur Sommers von Lea Mork, Lucie Paulina Bock und Berit Reuterhan organisiert wurde. Außerdem erläutern Expertinnen wie Dr. Anna Joss (Denkmalschutzamt), Gunhild Ohi-Hinz (St. Pauli-Archiv), Dr. Anke Rees (Stadtforscherin) und Heike Sudmann (DIE LINKE) in kurzen Interviews den Stand der Dinge.« Guckst Du [hier](#).

Der **Hamburger Zukunftsentscheid Sag Ja zu Hamburg** geht in die zweite Runde. Ziel ist dabei, ein neues Klimaschutzgesetz für Hamburg zu erreichen – sozial gerechter, wissenschaftsbasiert und wirtschaftlich ausgewogen. Mit dem in der ersten Phase erzielten Unterschriften-Erfolg der Volksinitiative im Rücken startet die Gruppe nun in die zweite Runde. Am 31. Mai offiziell angemeldet, startet die **Sammelphase für ein Volksbegehren im September 2024**. »Du kannst aber heute direkt und unkompliziert zu den ersten Personen gehören, die dem Hamburger Zukunftsentscheid eine Stimme für bessere Klimapolitik geben«, verkünden die Organisator*innen. »Bestell dir schon heute Wahlunterlagen, die im September 2024 bequem zu dir nach Hause geschickt werden – inklusive frankiertem Rücksendeumschlag. So vergisst du deine Unterschrift auf keinen Fall. Es ist ganz einfach: heute bequem bestellen, im September werden dir die Unterlagen zugesendet, nur noch unterschreiben, einwerfen und fertig! Worauf wartest du noch?« (<https://zukunftsentscheid-hamburg.de/>).



Aktuelle Straßenbeschilderung (Foto: M. Joho)

Viel Material, Einschätzungen und Empfehlungen hält der **Verein Fuss e.V.** auf seiner Homepage bereit (www.fuss-ev.de/). Der Fachverband Fußverkehr Deutschland versteht sich als Interessenorganisation einer Gruppe, die bei der Mobilitätswende manchmal vergessen wird. Aber Fuss e.V. macht auch Mut, z. B. hinsichtlich rechtlicher Verbesserungen in dem im Mitte Juni erneuerten Straßenverkehrsgesetz und den endlich vorgelegten Entwurf einer Nationalen Fußverkehrsstrategie. Alles zu finden auf der Website.



Gleich **drei temporäre Ausstellungen zu Hamburg im Nationalsozialismus** sind in den Sommerwochen zu sehen. Im »Jupiter, dem Ex-Karstadt-Sporthaus, (Mönckebergstraße 2-4) ist **bis zum 4. August** die Ausstellung **gefährdet leben. Queere Menschen 1933 – 1945**. Erstellt worden ist sie von der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld. Im Mittelpunkt stehen die Verfolgung, Unterdrückung, aber auch die Selbstbehauptung queerer Menschen unter dem NS-Regime. Mehr unter www.jupiter.hamburg/projekte/unser-raum-queere-geschichte-und-kunst.

Bis zum 19. August läuft die Ausstellung **Orte der Zwangsarbeit in Hamburg**, die im Foyer des Bezirksamtes Hamburg-Mitte (Caffamacherreihe 1-3) präsentiert wird. Es handelt sich um eine Gemeinschaftsausstellung mehrerer Geschichtswerkstätten, die ihre lokalhistorische Expertise eingebracht haben. Guckst Du hier: geschichtswerkstaetten-hamburg.de/. Und schließlich sei noch die von der Landeszentrale für politische Bildung in Auftrag gegebene Open-Air-Ausstellung zu 80 Jahren Warschauer Aufstand erwähnt. Sie kann noch **bis zum 1. Oktober** im Mahnmal St. Nikolai (Willy-Brandt-Straße 60) besichtigt werden. Das Besondere daran macht schon der Titel deutlich: **Auf beiden Seiten der Barrikade. Fotografie und Kriegsberichterstattung im Warschauer Aufstand 1944**. Mehr [hier](#).



Eingangstafel der Ausstellung. Foto eines polnischen Presse-Kriegsberichterstatters, Anfang August 1944. Foto: unbekannt, © Museum des Warschauer Aufstands (www.hamburg.de/resource/blob/922148/9f8b-7c2dff864f04e4fe61f12f8531a/infobrief-2024-juli-sep-data.pdf).

Nur noch **bis zum 4. August** währt das bekannte **Ohlsdorfer Friedensfest**, das diesmal dem Motto »Widerständiges Leben« gewidmet ist. Vordergründig wird mit den beiden Aktionswochen erinnert an die Kriegereignisse um das »Unternehmen Gomorrha« im Sommer 1943. Vor allem aber verstehen die Veranstalter*innen – die VVN – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten und ein Dutzend weitere Initiativen und Einrichtungen – das traditionsreiche Fest als eine Möglichkeit, über die Befreiung vom NS-Regime und vom Krieg zu reflektieren und sich gegen jedwede Rechtsentwicklung zu stellen. Das Programm sieht mehrere kostenfreie Veranstaltungen mit Literat*innen, Zeitzeug*innen und Friedensaktivist*innen vor. Alle Termine finden auf dem Ohlsdorfer Friedhof statt. Mehr unter www.friedhof-hamburg.de/besucher/veranstaltungen/detail/.

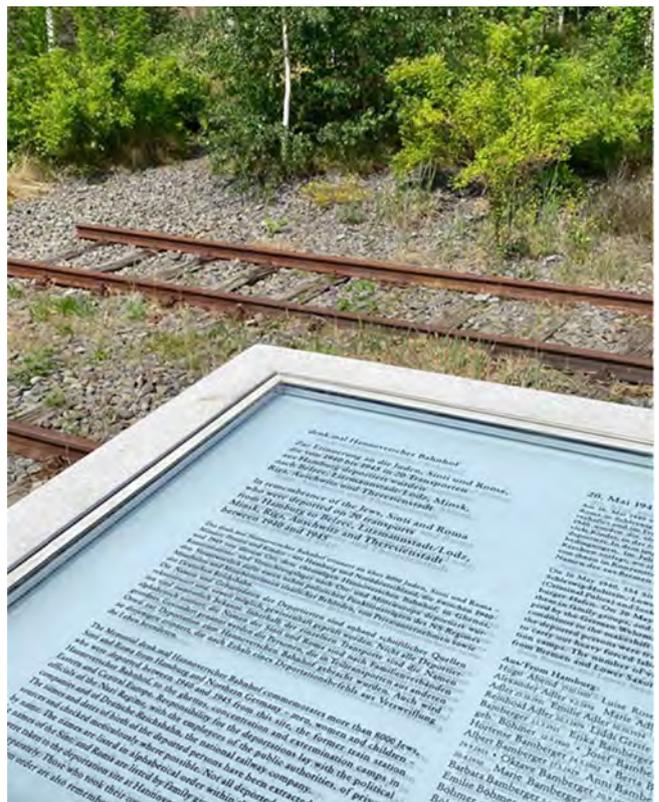
Noch bis zum 22. August läuft das Ferienprogramm unter dem wunderbaren Titel **Kinderstadt Hamburg**. Das **kostenlose Ferienprogramm für Kids im Alter von sieben bis 15 Jahren** montags bis freitags von 10.00 bis 16.00 Uhr ist in diesem Jahr auf dem PARKS-Gelände, dem ehemaligen Areal der Stadtreinigung am Bullerdeich 6 angesiedelt. »Mit dem von Kindern 2022 erarbeiteten und 2023 erweiterten Konzept steht in diesem Jahr das gemeinsame Spiel und der Bau der eigenen Stadt im Vordergrund.« 30 Spielbereiche gibt es, zum Toben, Bauen und Gestalten, zum Klönen und Entspannen. Im Mittelpunkt steht das große Thema Nachhaltigkeit, an das die Kinder auf verschiedenste Weisen herangeführt werden sollen. Mehr unter www.kinderstadt.hamburg.



Eingang zur Kinderstadt Hamburg in Hammerbrook (Foto: M. Joho)

Am **Freitag, den 2. August**, gestalten der Landesverein der Sinti in Hamburg e.V., der Fanladen und der Verein St. Pauli eine **Gedenkveranstaltung anlässlich des europäischen Holocaust-Gedenktages für Sinti und Roma**. Am Gedenkort Hannoverscher Bahnhof am Lohsepark wird es um 18.30 Uhr zunächst ein Grußwort der Rom und Cinti Union e.V. geben. Anschließend spricht Arnold Weiß vom Landesverein der Sinti in Hamburg e.V. über das Thema »Antiziganistische Diskriminierung ist immer noch Alltag« – 80 Jahre danach. Es folgt zuletzt eine Kranzniederlegung an den Gedenktafeln mit den Namen der Deportierten.

Der **9. Hamburger Dyke March** findet am **Freitag, den 2. August**, statt. Worum geht es dabei? »Dykes* sind FLINT*A, das meint Frauen, Lesben, Inter*, Nobinäre, Trans*, Agender Personen, die sich dem lesbischen und/oder queeren Spektrum zugehörig fühlen«, so die Erläuterung der Organisator*innen. »Dyke« war eine Be-



Gedenkort Hannoverscher Bahnhof (www.fcstpauli.com/news/gedenkveranstaltung-am-2-august-fur-sinti-und-roma-zum-europaischen-holocaustgedenktag)

leidigung für Lesben. Der Begriff wurde emanzipatorisch umgedeutet und als empowernde Selbstbezeichnung reclaimed.«



Demo am 2. August (<https://dykemarchhamburg.de/>)

»Links ist eine Anstrengung. Lebenslänglich«, hat Max Frisch einmal formuliert. Dies ist auch das Motto der Bildungsarbeit der LINKEN in Hamburg, denn ohne Aneignung alternativen Wissens gibt es keinen Fortschritt und schon gar keine alternative Gesellschaft. Wer sich für das Programm **DIE LINKE lernt** interessiert, schaut auf der Terminseite des Landesverbandes hier: www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/lv/Veranstaltungen/2024/DieLinkeLernt.pdf. Und das sind die nächsten Veranstaltungen nach der Sommerpause: Am **Dienstag, den 3. September**, um 18.00 Uhr im Büro (Burchardstraße 21) steht das **1 x 1 der Finanzierung von Sozialstaat und Klimawende** auf dem Programm. Referent ist David Stoop, der Fachsprecher für Haushaltspolitik der Linksfraktion. Es folgt am **Freitag, den 6. September**, ebenfalls um 18.00 Uhr in eben dieser Location eine Veranstaltung mit der Bundestagsabgeordneten Clara Büniger zum Thema **Für eine menschengerechte Migrationspolitik**. Und so geht's immer weiter!



Das Motto des diesjährigen **Tages des offenen Denkmals vom 6. bis 8. September** lautet **Wahr-Zeichen. Zeitzeugen der Geschichte**. Koordiniert von der Stiftung Denkmalpflege und dem Denkmalschutzamt finden wieder viele Dutzend Begehungen und Besichtigungen von Orten statt, die dem Blick der Öffentlichkeit meist eher entzogen sind. Dieses Mal geht es auch um die Fragestellung, was ein Denkmal zu einem »Wahr-Zeichen« macht, wofür es steht. Das Gesamtprogramm erscheint Mitte August, und zwar hier: www.hamburg.de/kultur/tag-des-offenen-denkmals-338796.

Etwas länger währen die diesjährigen **Hamburger Stiftungstage**, nämlich **vom 6. bis 14. September**. Hamburg ist bekanntlich Deutschlands Stiftungshauptstadt mit mehr als **1.500 Stiftungen**, was nicht zuletzt ein Zeichen dafür ist, dass hier auch eine Menge Mäzene leben, die von der Steuer ausreichend entlastet wurden. Ein Aspekt, der kaum ins Augenmerk gerückt wird, im Gegenteil. Nehmen wir den überschwänglichen Ankündigungstext: »In diesem Jahr ist **Vielfalt** Programm:

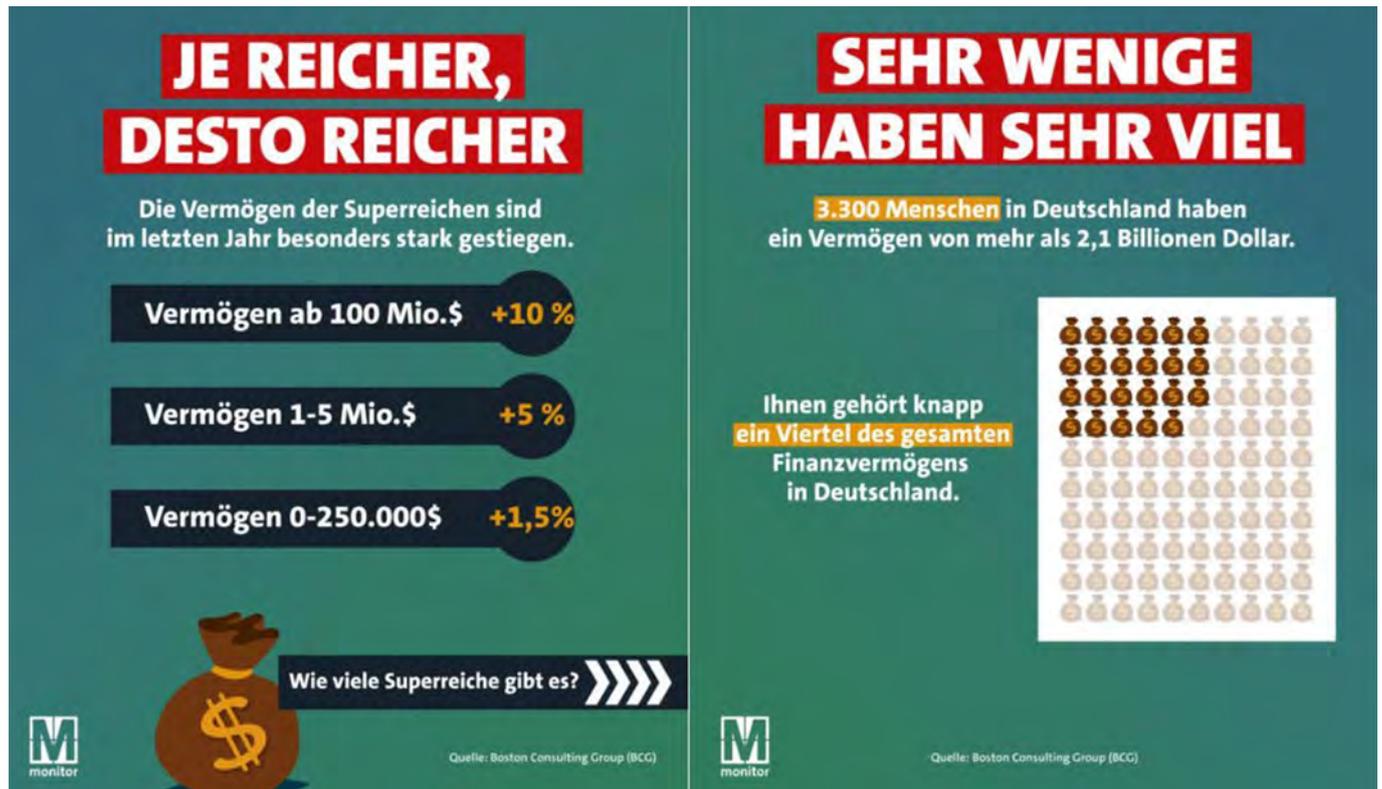


Gibts alles zu besichtigen (denkmalstiftung.de/projekte/denkmaltag)

Hamburg ist weltoffen, unsere Gesellschaft bunt und reich – reich an Ideen, Stimmen, Kultur, Impulsen und Geschichten. Stiftungen stärken diesen Reichtum. Sie setzen sich für unser Gemeinwohl und unsere offene Gesellschaft ein. Für Dich und mit Dir. Wie, wo und warum kannst Du bei den Hamburger Stiftungstagen bei vielen Veranstaltungen vor Ort und im Netz erfahren! **Komm vorbei und erlebe Vielfalt vereint!** Nun denn. Das Programm gibt es **im Netz ab August unter <https://hamburger-stiftungen.de/stiftungstage/>.**



No Comment



Kein Kommentar zu dieser Grafik, aber sehr wohl eine vertiefende Information und ein interessantes Interview mit Aha-Effekt. Über 380 Milliarden Euro sind den Bundeshaushalten flöten gegangen, seitdem 1996 die Vermögenssteuer ausgesetzt worden ist. OXFAM rechnet vor, dass das Haushaltsdefizit schon dadurch zu stopfen wäre, wenn die Reichen und Superreichen – wie damals – ein Prozent ihrer Vermögen abgeben müssten. Hättste also eine Milliarde, würdeste 10 Millionen der Steuerkasse überlassen, blieben immer noch 990.000.000 Millionen übrig. Wir meinen, das müsste doch zu schaffen sein.

Und wer wissen will, wie das ansonsten so mit Steuerhinterziehung und mangelndem Verfolgungswillen so aussieht, dem/der seit nachdrücklich ein Interview der ZEIT mit Anne Brorhilker vom 25. Juni empfohlen. »Sie war Deutschlands bekannteste Ermittlerin im Kampf gegen milliardenschweren Steuerbetrug. Hier sagt sie, wie der Staat sich wehren muss«, führt die Redaktion in die Gesprächsaufzeichnung ein. »Anne Brorhilker hat als Staatsanwältin Cum-Ex-Täter ins Gefängnis gebracht. Jetzt hat sie den Dienst quittiert, und spricht erstmals seit ihrem Ausscheiden.«

Ein Blick auf die Bewegung für Klimagerechtigkeit

In den letzten Jahren hat die Klimabewegung einen großen Mobilisierungsgrad erreicht. Eine dieser Gruppe ist mit ihren Aktionen auf Zustimmung, aber auch auf scharfe Ablehnung gestoßen: der Aufstand der Letzten Generation. Katja Schreiner erläutert uns das Anliegen der Aktivist*innen. Sie ist seit 2020 für Klimagerechtigkeit engagiert, bei extinction rebellion, Eltern gegen die fossile Industrie und aktuell beim Aufstand der letzten Generation. Wir danken ihr für diesen O-Ton ganz herzlich.



Die Verfasserin Katja Schreiner

Aufstand der letzten Generation vor den Klima-Kipppunkten

Von **Katrin Schreiner**

Der Aufstand der letzten Generation, so lautet der komplette Name, welcher in der Regel als »Letzte Generation« abgekürzt wird; sogar von uns selbst, weil er sonst zu langatmig und sperrig ist. Ich finde es aber ungünstig, dass sich diese Abkürzung durchgesetzt hat, weil damit leider verwischt wird, dass *alle* die letzte Generation vor den Klima-Kipppunkten sind,¹ also alle Verantwortung tragen.



Der Aufstand der Letzten Generation auf den Straßen
(alle Fotos: <https://mega.nz/folder/8Xk1XJBC#fK2XjG5kiG1DLQ3fISsg>)

Nur die wenigsten machen einen Aufstand, zu wenige, um schon mal ein Teil des Problems zu benennen. Allerdings können auch wenige etwas bewirken. Anfang 2022 waren es genau 24 Menschen, die diesen »Aufstand« begannen. Sie fingen an sich auf Autobahnauffahrten in Berlin festzukleben, um damit ihrer Forderung nach sofortiger Reduktion von CO², für einen konsequenten Klimaschutz, Nachdruck zu verleihen. Begleitend wurde Essen verschenkt, welches (verbotenerweise) aus Containern vor dem Müll gerettet worden war. Damit wurde die erste konkrete Forderung des »Aufstandes«, nach einem Lebensmittel-retten-Gesetz praktisch untermauert.

Natürlich entstand diese Bewegung nicht aus dem Nichts. Davor waren die Beteiligten in anderen Klimagerechtigkeitsgruppen wie »Fridays for Future« und »extinction rebellion« aktiv. Diese waren Anfang 2022 an Grenzen geraten. Durch die Corona-Pandemie war das Thema der sich zuspitzenden Klimakrise in den Hintergrund gerückt. Außerparlamentarische Opposition war insgesamt nur erschwert möglich. Es zeichnete sich ab, dass die menschengemachte Erderhitzung

¹ Klimakipppunkte: Einige Teilsysteme (z.B. der Amazonasurwald, Permafrostböden, arktische und antarktische Eisschilder) des Klimasystems haben bestimmte Kipppunkte bzw. kritische Schwellenwerte, **bei deren Überschreiten es zu starken, unaufhaltsamen und unumkehrbaren Veränderungen** kommt. Eine Metapher: Schiebt man einen Teller über den Tischrand passiert erst nichts, bis er einen kritischen Punkt erreicht, an dem er kippt und abstürzt. Es bleibt nur noch ein kleines Zeitfenster, um ein Kippen zu verhindern.

zwar (von großen Teilen) nicht mehr geleugnet, aber trotzdem weiter befeuert wird. Die politisch Mächtigen waren offensichtlich nicht willens oder nicht fähig die notwendigen, CO² reduzierenden Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Selbst einfache mehrheitsfähige Regelungen, wie ein Tempolimit lassen leider immer noch auf sich warten, ganz zu schweigen von einer umfassenden sozialen und ökologischen Transformation. Diese hatte die, damals noch recht frische Ampel-Koalition in Aussicht gestellt, zumindest die GRÜNEN und auch Olaf Scholz waren als »Klimakanzler« in sein Amt gekommen.

Das Versagen der »Ampel« in Hinblick auf Klimaschutz macht einmal mehr deutlich, dass der Rahmen der parlamentarischen Demokratie offensichtlich nicht ausreicht für einen angemessenen Umgang mit dieser existenziellen Menschheitskrise. Inzwischen ist die Bundesregierung sogar mehrfach wegen mangelnden Klimaschutzes höchstrichterlich verurteilt worden,² allerdings ohne entsprechende Konsequenz. Eine traurige Bestätigung für die Notwendigkeit einer unserer zentralen Forderungen: einen ausgelosten Bürger:innen-Rat, einen »Gesellschaftsrat Klima«³ – als Ergänzung und Erweiterung der Demokratie.



Frühere Sitzblockaden ...

² Verurteilt wurde die Regierung u.a. vom Bundesverfassungsgericht wegen Nicht-Erfüllung des Artikels 20a des Grundgesetzes, der besagt, dass sie verpflichtet sind die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu schützen.

³ Das Besondere an Bürgerräten/Gesellschaftsräten ist, dass die Teilnehmenden **zufällig aus der Bevölkerung ausgelost** werden. Ihre Aufgabe ist es, gemeinsam Lösungen für politische Probleme zu erarbeiten. Die Ergebnisse sollten dann von den Machthabenden umgesetzt werden, nur so macht es Sinn! (Nicht wenn die Ergebnisse reine Empfehlungen bleiben, die ignoriert werden können.) Damit kann auch die Demokratie gestärkt werden. Außerdem werden auf diese Art erarbeitete Maßnahmen eine breitere Akzeptanz finden, was gerade im Hinblick auf Klimaschutz einen großen Vorteil gegenüber Parteipolitik mit sich bringt.



Inzwischen ist leider klar, dass nicht nur das Grundgesetz, sondern auch das internationale Pariser Klimaschutzabkommen von der Regierung (nicht nur unserer) gebrochen wird. Die Beschränkung der Erderhitzung auf 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter ist gescheitert. Das heißt, alles was noch bleibt, ist zu verhindern, dass aus der Klima-Krise eine Klima-Katastrophe wird. Immer deutlicher werden auch die fatalen Folgen in Form von Waldbränden, Temperaturen über 50 Grad, Überschwemmungen, Dürren, Ernteausfällen, Trinkwassermangel. Noch betreffen diese hauptsächlich den globalen Süden, was eine der großen Ungerechtigkeiten ist, die mit der Klimakrise einhergehen. Diejenigen, die am wenigsten dazu beitragen, müssen oft am meisten darunter leiden. Dies betrifft auch arme Menschen in Europa und natürlich geht es auch um Generationen(un-)gerechtigkeit. Die Anzahl an Privatjets steigt und ein durchschnittlicher Flug mit einem Privatjet verursacht etwa so viel CO₂ wie ein Durchschnittsmensch in einem Jahr.

Psychologisch gesehen ist unser Verhalten das einer kollektiven schizophrenen Massenpsychose. Während sich im Süden Deutschlands die dritte (oder vierte?) »Jahrhundertflut« innerhalb weniger Monate Bahn bricht, sind in Deutschland so viele Autos zugelassen wie noch nie. Als ob wir eine Horde Lemminge sind, die wider besseren Wissens weiter auf den Abgrund zu rennt. Der Unterschied ist, dass die politisch und ökonomischen mächtigen »Lemminge«, die Hauptverantwortung tragen, aber nicht diejenigen sind, die als erstes abstürzen.

Individuell ökologisches und klimaschonendes Verhalten ist sicherlich positiv, aber keine Lösung, besonders da insgesamt die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Die soziale und die ökologische Krise können nur zusammen gedacht und bewältigt werden. Ebenso die damit einhergehende Demokratiekrise. Ohne Umverteilung wird das nicht funktionieren.

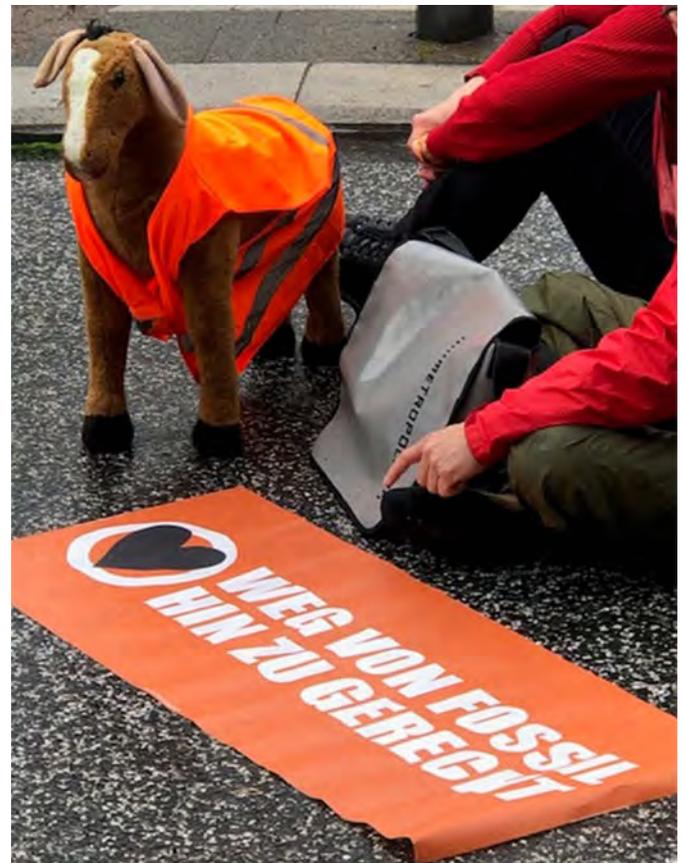
In den Industrienationen wird nach wie vor die Illusion genährt, wir könnten so weiter machen und uns mit Technik und Elementarversicherungen vor den Folgen schützen. An eine 3 Grad (+) heißere Welt, auf die wir uns zubewegen, werden wir uns nicht anpassen können.

Doch es werden Milliarden in Lobbyismus und Werbung gesteckt und so getan, als ob wir voll nachhaltig schon auf dem richtigen Weg sind, während die Zerstörung des Klimas weiter ihren Lauf nimmt. Dem gilt es, sich in den Weg zu setzen (mit oder ohne Kleber).

Ebenso wie die Mutterbewegung »extinction rebellion« ist das Widerstandskonzept vom »Aufstand der Letzten Generation« der friedliche, zivile Ungehorsam. Die bekanntesten historischen Vorbilder sind die Suffragetten, welche die Durchsetzung des Frauenwahlrechtes vorangetrieben haben, sowie die Bürger*innenrechtsbewegung in den USA, um Martin Luther King und Rosa Parks. Es gibt darüber hinaus viele, weniger bekannte Erfolge von Menschen die sich auf diese Weise engagiert haben:

- entschlossener, störender Protest, der sich nicht unbedingt an geltende Gesetze hält;
- friedlich und gewaltfrei (wobei unterschiedlich definiert wird, ab wann etwas »Gewalt« ist, auf jeden Fall sollen andere Menschen nicht verletzt oder beleidigt werden);
- mit Namen und Gesicht zu dem Protest stehen. Das eröffnet die Möglichkeit entsprechend zu begründen, warum er legitim und notwendig ist. Allerdings erfordert es einen hohen persönlichen Einsatz;

Die Protestforschung zeigt, dass solche Bewegungen die größte Chance haben, in kurzer Zeit mit vergleichsweise wenigen Menschen, Veränderungen anzustoßen. Vor allem, wenn sie ein moralisch legitimes Ziel verfolgen und andere Wege ausgeschöpft sind.



Seit Anfang 2022 ist viel geschehen. Am »Aufstand der Letzten Generation« beteiligten sich zwischenzeitlich tausende Menschen mit den unterschiedlichsten Aktionen. Spektakuläre wie das Einfärben von Privatjets und Yachten, konfrontative Besuche bei FDP und fossilen Konzernen und viele andere. Wir haben Aufsehen erregt, auch Kritik erfahren, die sich fast immer an den Aktionsformen festgemacht hat, besonders den Straßenblockaden. Was verständlich ist. Wer steht schon gerne im Stau? Andererseits ist es bezeichnend, wie viel gelassener auf andere Stauursachen reagiert wird (etwa bei Bauernprotesten). Unser Anliegen wird nach wie vor von der überwiegenden Mehrheit geteilt, aber in den Berichterstattungen oft in den Hintergrund gerückt.

Der Gegenwind ist scharf geworden. Wir müssen uns mit massiver Repression auseinandersetzen, mit Hetze sowieso. Doch wir werden uns weiter für Klimagerechtigkeit, Liebe für die Mitwelt/Natur und für eine lebenswerte Zukunft engagieren. Ermutigenderweise gibt es inzwischen in elf anderen Ländern ähnliche Bewegungen, die sich vernetzt haben, z.B. fand in Warschau kürzlich die erste Straßenblockade statt. Die Menschen dort nutzten Kleber bei ihrer Aktion. In Deutschland machen wir das auf der Straße nicht mehr. Wir machen jetzt ungehorsame Versammlungen oder Protestmär-

sche, bei denen wir versuchen durch eine größere Menge von Menschen die nötige Störung zu verursachen. Nach wie vor machen wir auch gezielte Aktionen an Orten der Zerstörung, zum Beispiel bei Energiekonzernen und bei Superreichen. Protest muss widerständig sein, um den notwendigen politischen Druck aufzubauen, so viel ist sicher. Dazu laden wir alle ein, denen Gerechtigkeit, dieser Planet und die Spezies Mensch am Herzen liegen. Wir sind eine vielfältige Bewegung. Es gibt verschiedene Möglichkeiten sich einzubringen. Im Rahmen unseres Protestkonsens' sind alle willkommen.

Links:

- Website des Aufstands der Letzten Generation: <https://letztegeneration.org/>
- Website unseres internationalen Netzwerks: <https://a22network.org/>
- Website der Eltern gegen die fossile Industrie: <https://jetztodernie.org>
- Website des Vereins Rückendeckung für die Zivilgesellschaft: <https://raz-ev.org/>

Ausblick auf die Wahlen im Lande

IST DA NOCH SOZIALDEMOKRATIE?

Die **SPD** wollte die Politik sozialer machen. Doch die Bilanz der Kanzlerpartei ist mau.

Bürgergeld
Sollte Beziehenden mehr Respekt und „weniger Bürokratie“ bringen. Doch jetzt werden viele Regeln wieder auf Hartz-IV-Niveau zurückgedreht.

Mindestlohn
Wurde erhöht. Die **hohe Inflation** hat den Effekt aber schnell aufgeessen.

VIEL VORGEHABT, WENIG UMGESETZT

Kindergrundsicherung
Sollte Kinder besser vor Armut schützen, steht aber offenbar **vor dem Aus**.

Wohnungsbau
Mehr Wohnungsbau sollte die Mieten senken. Die Ziele wurden **nie erreicht**.

Vermögenssteuer & Bürgerversicherung
Die Steuer sollte wiedereingeführt, die Zwei-Klassen-Medizin beendet werden. Beides schaffte es **nicht einmal in den Koalitionsvertrag**.

Konsequent gegen Armut?

Quellen: SPD-Wahlprogramm 2021, Bundesregierung, destatis



Ludwig-Baumann-Fest

Seit 2010 organisiert eine kleine friedensorientierte Gruppe um den Antikriegstag herum am »76er Ehrenmal«, landläufig Kriegsklotz genannt, ein Antikriegsfest, das mit kulturellen Beiträgen zunächst für die Errichtung eines Deserteursdenkmals warb und seit der Errichtung dieses Gedenkorts vor allem gegen die aktuellen Kriege Position bezog. Wie bereits 2023 findet auch in diesem Jahr am Samstag, den 7. September, die Veranstaltung unter dem Titel »Ludwig-Baumann-Fest« statt. Es ist dem in Hamburg geborenen Friedensaktivisten und Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann (1921–2018) gewidmet, der von 2010 bis zur Übergabe des Gedenkorts im Herbst 2015 in der öffentlichen Auseinandersetzung zur Frage, ob Hamburg ein Deserteursdenkmal brauche, nicht nur der maßgebliche Zeitzeuge war, sondern sich äußerst zielbewusst und streitbar dafür auch stark machte. Leider konnten sich damals weder das »Bündnis Deserteursdenkmal« noch Ludwig Baumann mit dem Vorschlag, den Kriegsklotz im Sinne der Wehrmachtsdeserteure umzugestalten, durchsetzen.

Am 7. September wird der Chor Hamburger Gewerkschafterinnen und Gewerkschafterinnen um 15.00 Uhr das Ludwig-Baumann-Fest eröffnen. Die Initiative »Sedanstraße umbenennen«, welche seit fast vier Jahren für die Umbenennung der Sedanstraße nach Ludwig Baumann streitet, trägt mit einer Textcollage ebenso zum Festprogramm bei wie die Marx' Sisters & Brothers mit einer Tucholsky-Revue sowie das Duo »Antikriegsambulanz«, das am Beispiel des Bundeswehr-Fliegerstandorts Jagel nachweisen will, dass Deutschland logistisch, also mit modernsten Mitteln und somit unsichtbar, an jedem NATO-Einsatz beteiligt ist.

Kultur Tipp

Zwischen Torgau und Sedanstraße, Kriegsfibel und Antikriegsambulanz

Von René Senenko

Erstmalig stellen wir eine Funkverbindung zu dem auf Mallorca lebenden Hartmut Botsmann her, der über seine Aktionskunst in den 1980er-Jahren am Kriegsklotz berichten wird. Um 18.45 Uhr lädt der Bildhauer Volker Lang, Schöpfer des Hamburger Deserteursdenkmals, zu einer Führung um sein Werk ein und erläutert seine damaligen Intentionen und die Geschehnisse, die zur Schaffung des Deserteursdenkmals führten. Die Führung ist zugleich ein Beitrag zum »Tag des offenen Denkmals«.

Mit Einbruch der Dämmerung wird unter dem Titel »Ihr wärt zu mehr gut als zum blinden Welterobern« die Berliner Literaturhistorikerin Sabine Kebir in Bild und Ton Brechts »Kriegsfibel« anschaulich machen, bevor das Filmwerk »Lets-Dok« mit dem Film »Joe Polowski – ein amerikanischer Träumer« das Fest beschließt. Taxifahrer Joe Polowski aus Chicago erlebte am 25. April 1945 als Soldat der US-Armee die historische Begegnung in Torgau an der Elbe mit, wo sich GI's und Rotarmisten die Hände reichten. Joe Polowskis Beisetzung in Torgau im Jahr 1983 geriet mitten im Kalten Krieg zu einem beispiellosen Ereignis.

Weitere Infos über unsere Veranstaltung gibt es unter www.ludwig-baumann-fest.de. Und wer mehr über Ludwig Baumann erfahren möchte, kann am 4. September im Metropolis-Kino ab 19.00 Uhr die Hamburger Premiere eines 63-minütigen Filmporträts über Ludwig Baumann miterleben. Die Filmemacherin Annette Ortlieb wird anwesend sein, der Eintritt ist frei. ♦

Mit diesem Bürger*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger*innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg